

40



UNI JOURNAL

Zeitschrift der Universität Trier

Jahrgang 36/2010

Heft Nr. 1

Forschung

Lebensqualität in Luxemburg

Medienwissenschaft

Studierende und UVA drehen für ZDF

Gleichstellung

1,4 Millionen Euro für fünf Jahre



jahre
1970-2010

 **Universität Trier**

Aktuell

Universität feiert Jubiläum

Wie alles begann

Hochschule wird erwachsen

Fragen an Präsident und Kanzler



Das Reich der Mitte stürmt zum Gipfel

Trierer China-Gespräche: Politischer und wirtschaftlicher Aufstieg im Fokus

80 Wissenschaftler und Studierende beschäftigten sich fachübergreifend aus verschiedenen Blickwinkeln mit dem „Emporkömmling“ China.

„Der dornige Weg zum Gipfel: Hindernisse des chinesischen Aufstiegs“ – unter diesem Titel kamen etwa 80 Wissenschaftler und Studenten aus unterschiedlichen Fächern in der Universität Trier zusammen, um im Rahmen der „Trierer China-Gespräche 2009“ den politischen und wirtschaftlichen Aufstieg der Volksrepublik China zu diskutieren. Veranstaltet wurden die Trierer China-Gespräche von der Juniorprofessur für Politikwissenschaft/Internationale Beziehungen und der Berliner Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS). Schirmherr der Veranstaltung, die von der BAKS und dem Trierer Reisebüro „Nix wie weg – Travel + Touristik“ finanziert wurde, war der Präsident der Universität Trier, Prof. Dr. Peter Schwenkmezger. Die Konferenz gliederte sich in fünf Panels mit Vorträgen und anschließender Diskussion mit dem Plenum. Die übergeordnete Frage, die allen Panels zugrunde lag, war, wie sich der Aufstieg Chinas in unterschiedlichen Bereichen gestaltet und welche Bedeutung dieser für Europa und Deutschland hat.

Im Anschluss an die Eröffnung umriss Prof. Dr. Sebastian Heilmann von der Universität Trier die Folgen der Finanzkrise für China und stellte die Frage, ob ein Aufstieg trotz wirtschaftlicher Turbulenzen möglich sei. Manfred Bohr von der BAKS, Moderator des ersten Podiums, erinnerte in seiner Einführung an wirtschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit und Einkommensdisparitäten auf der einen Seite und das gleichzeitige Wachstumsziel der chinesischen Volkswirtschaft von jährlich acht Prozent auf der anderen Seite. Heilmann stellte in vier Punkten den Umgang Chinas mit der derzeitigen Finanzkrise dar. Zunächst zeigte er die Besonderheiten des chinesischen Krisenmanagements auf, zeichnete dann die inhaltlichen Formen des Managements und die Art des policy makings nach und beantwortete schließlich die Frage, welche Faktoren Chinas globalen Aufstieg noch aufhalten könnten.

Der Politikwissenschaftler wies darauf hin, dass der Umgang der chinesischen Regierung mit der Finanzkrise

zumindest auf dem derzeitigen Stand als effektiver eingeschätzt werden kann als in vielen westlichen und kapitalistischen Systemen. Grund dafür sei unter anderem auch ein selektiver Rückgriff auf Verfahren der Kommandowirtschaft, eine hohe Geschwindigkeit in der Umsetzung vieler Maßnahmen des Konjunkturprogramms und die Forcierung bereits vorhandener langfristiger Entwicklungsvorhaben. Mit Blick auf Deutschland und Europa bemerkte Heilmann, dass China besonders im Bereich der Innovationsleistung oft unterschätzt werde. Der Referent schloss mit der These, dass eine politische Systemkrise in China innerhalb des nächsten Jahrzehnts aufgrund fundamentaler gesellschaftlicher Veränderungen wahrscheinlich sei. Der Aufstieg chinesischer Unternehmen und Investoren in der Weltwirtschaft werde dadurch jedoch nicht zum Stillstand kommen, sondern lediglich gebremst werden.

In der anschließenden Diskussion räumte Heilmann ein, dass Peking einen sehr instrumentellen Zugang zu dem System der global governance habe. Diese Einstellung werde sich jedoch ändern, wenn Chinas Eigeninteressen in bestimmten Feldern wie den geistigen Eigentumsrechten eines Tages selbst betroffen sein werden. Häufig tauchte in der Diskussion auch die Frage nach dem Modellcharakter Chinas auf. Heilmann verwies darauf, dass diese Frage in China selbst so beantwortet würde, dass die eigenen Erfahrungen des Aufstiegs als nicht reproduzierbar angenommen würden. Die chinesischen Erfahrungen machten aber deutlich, wie produktiv eine konsequent kontextbasierte und experimentierende Entwicklungsstrategie sein könne und nährten zugleich Zweifel an den „international best practices“ und Standardrezepten, die internationale Organisationen gegenüber Entwicklungsländern häufig propagierten.

Nachfolgend stellte Jun.-Prof. Dr. Martin Wagener von der Universität Trier in seinem Vortrag die China-Politik der USA unter der Leitfrage dar, ob Washington gegenüber Peking eine Politik der Einhegung betreibe.



Prof. Dr. Sebastian Heilmann beleuchtete die Auswirkungen der Finanzkrise auf die chinesische Wirtschaft.

Moderiert wurde diese Sitzung von Dr. Dirk Schmidt von der Universität Trier. Wagener erläuterte zunächst den Begriff der Einhegung, stellte dann die positive und die negative Sichtweise innerhalb der USA auf den Aufstieg Chinas vor, um in einem letzten Punkt die amerikanische Strategie gegenüber der Volksrepublik zu erläutern. Der Politikwissenschaftler verwies darauf, dass es in den USA sowohl Strömungen gebe, die den Aufstieg Chinas – vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht – begrüßen oder zumindest nicht aktiv gegen ihn arbeiten würden. Dies zeige sich beispielsweise in der Hinnahme des massiven Handelsbilanzdefizits auf Seiten der USA und der Unterstützung des chinesischen Beitritts zur Welthandelsorganisation.

Auf der anderen Seite herrsche in den USA Misstrauen gegenüber der Volksrepublik. Washington verfolge gegenüber Peking das Ziel, seinen eigenen Vorsprung in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht weiter aufrechtzuerhalten. Dieser Abstand solle den Drang Pekings zur Gegenmachtbildung dämpfen. Gleichzeitig halte Washington an einer Politik der Kooperation fest. Solange China von der Pax Americana profitiere, könnten die USA darauf hoffen, dass ihr derzeitiger hegemonialer Status wenigstens geduldet werde. Wagener bezeichnete diese Strategie als „Abstandswahrung durch Einbindung“.

In der sich anschließenden Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, ob in Europa noch angemessen auf die militärische Dimension des chinesischen Aufstiegs geblickt werde. Wie stark sei die sogenannte *hard power* machtpolitisch noch nutzbar? Wagener bestätigte, dass zwar zur Zeit wirtschaftliche Aspekte dominierten, man jedoch nicht wissen könne, wie die Volksrepublik in Zukunft ihr wirtschaftliches Potenzial nutzen werde – insbesondere im Hinblick auf die nationalistischen Tendenzen, die in China vorherrschen. Ferner wurde die Frage gestellt, ob der Referent einen Wandel der amerikanischen China-Politik in den jeweiligen Regierungsadministrationen sehe. Der Politikwissenschaftler verneinte dies und erklärte, dass die Sorgen der letzten Administrationen bezüglich Chinas immer sehr ähnlich aussahen. Dennoch seien die USA spätestens seit

der Obama-Administration bemüht, der Charme-Offensive Chinas in Südostasien durch eigene diplomatische Initiativen entgegenzuwirken.

Im dritten Panel erörterte Dr. Eva Sternfeld von der Technischen Universität Berlin die Folgen der Umweltmisere für China und die Welt. In der Einführung durch den Moderator, Prof. Dr. Sebastian Harnisch von der Universität Heidelberg, wurde die besondere Rolle Chinas in den Verhandlungen um ein Klimaschutz-Abkommen insbesondere in Bezug auf seine Rolle als Interessenvertreter der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern hervorgehoben. Sternfeld wies in ihrem Vortrag zunächst auf das Verhältnis zwischen Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch sowie auf das Umweltbewusstsein hin, das erst in den letzten Jahren in der chinesischen Regierung entstanden sei. In einzelnen Schritten verdeutlichte sie die Disparitäten der chinesischen Entwicklung und die damit zusammenhängenden Umweltprobleme. Besonders unterstrich Sternfeld den starken Trend zur Urbanisierung in China und die unzulänglichen Möglichkeiten der Abwasserreinigung und Luftreinhaltung in den Städten. In letzter Zeit konzentrierte sich Peking jedoch vermehrt auf die Umweltpolitik – insbesondere auf die Förderung erneuerbarer Energien, neuer Technologien zur CO₂-Einsparung und die Aufwertung der Umweltbehörde zum Umweltministerium.

Probleme würden sich jedoch aus dem eingeschränkten Informationszugang und der unterschiedlichen Umsetzung von Politiken auf zentraler und lokaler Ebene ergeben. In der Diskussion wurde die Frage nach einer Liberalisierung des *policy*-Prozesses und dem Einfluss von Nichtregierungsorganisationen gestellt. Sternfeld bejahte dies und nannte Beispiele, in denen Umweltinteressengruppen bereits erfolgreich politischen Einfluss ausgeübt hätten. Er schränkte jedoch auch ein, dass die Umweltorganisationen bisher wenige Mitglieder hätten. Immer wieder zur Sprache kam in der Diskussion der Zusammenhang zwischen dem Ansehen der chinesischen Regierung in der internationalen Gemeinschaft und ihrem wenig kooperativen Verhandlungsverhalten im Bereich Klimaschutz. Sternfeld wies jedoch darauf hin, dass China das Selbstverständnis habe, sich so lange auf den Status eines Entwicklungslandes berufen zu können, wie die amerikanische Regierung auch keine entscheidenden Maßnahmen zum Klimaschutz treffe.

Die internationale Suche Chinas nach Energieträgern war das Thema des vierten Panels, in welchem Dr. Saskia Hieber von der Akademie für Politische Bildung Tutzing und der Universität München der Frage nachging, ob Rohstoffknappheit eine Wachstumsgrenze für China darstelle. Moderiert wurde die Sitzung von Janka Oertel von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Herleitend erläuterte Hieber die Entwicklung des chinesischen Energieverbrauchs, verglich die Empfehlungen der Internationalen Energieagentur mit der chinesischen Energiepolitik und warf einen Blick auf die chinesische Afrikapolitik, um in einem letzten Schritt einige

Vorurteile über die chinesische Energiepolitik und den Ressourcenverbrauch zu klären. Die Politikwissenschaftlerin wies insbesondere auf den steigenden Ölverbrauch Chinas hin. Transportwege und Pipelinenetze seien bisher noch nicht genügend ausgebaut, um den wachsenden Bedarf zu decken.

Das Verhalten chinesischer Energieunternehmen in Afrika beschrieb sie als Experiment, bei welchem die Unternehmen bisher auch viel Geld verloren hätten und mit den westlichen Energieunternehmen kaum konkurrieren könnten. Bezüglich der internationalen chinesischen Suche nach Ressourcen sah sie eine besondere Herausforderung in den unkonditionierten Leistungen Chinas für Länder, aus denen es Öl importiert. Dies unterlaufe die deutschen und europäischen Ziele der Förderung von good governance durch konditionierte Hilfsleistungen.

In der anschließenden Diskussionsrunde erweckten zwei Themenkomplexe das Interesse des Plenums: zunächst die Frage nach der Politik Chinas gegenüber den Lieferländern und den Menschenrechtsverletzungen, die durch chinesische Politik und Unternehmen unterstützt würden. Des Weiteren wurde die Lösung der Ressourcenknappheit durch erneuerbare Energien, neue Technologien und mögliche Energiekooperationen mit anderen Staaten diskutiert.

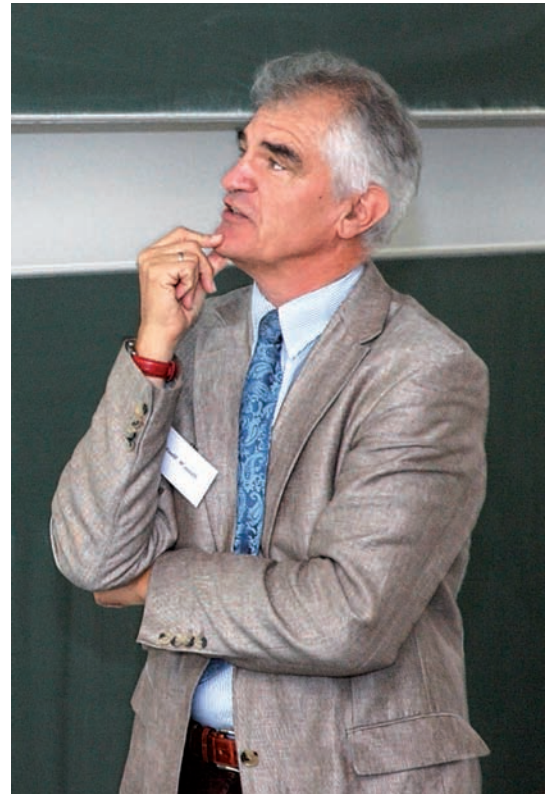
Das abschließende Panel stellte die Frage, ob China eine Chance oder eine Herausforderung für Deutschland und Europa darstelle. Der Vortrag sollte auch die vorangegangenen Diskussionen einschließen und in Bezug auf die dargestellten Perspektiven für die deutsche und europäische Außenpolitik zusammenfassen. Prof. Dr. Hanns W. Maull von der Universität Trier beantwortete die Frage in drei Schritten. Zunächst erörterte er, welche Hilfestellungen Europa und Deutschland leisten können, um Chinas Probleme lösen zu helfen. In einem weiteren Schritt schilderte er Möglichkeiten, wie Deutschland und Europa für sich selbst die durch China entstehenden Herausforderungen bewältigen könnten. Maull führte aus, dass wirtschaftlicher und technologischer Austausch, sowie Hilfestellungen mit und für China wünschenswert und hilfreich, politische Einwirkungsversuche jedoch weder möglich noch normativ wünschenswert seien.

Im dritten und letzten Teil des Vortrags zu den Implikationen für die deutsche Außenpolitik bemerkte der Politikwissenschaftler, dass der Handlungsspielraum Berlins gegenüber Peking begrenzt und Deutschland daher auf eine glaubwürdige und geschlossene europäische Chinapolitik angewiesen sei. Die europäische Strategie bezeichnete er als unrealistisch, da man sich eine Transformation Chinas nach dem eigenen Bilde wünsche. Ein weiteres Problem liege darin, dass die Politiken der einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) zu China stark divergierten. In der Diskussion mit dem Plenum wurde schwerpunktmäßig über die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten der EU gegenüber China und die Vermutung diskutiert, dass die problematische Konsensfindung in der europäischen Außenpolitik von

der Volksrepublik ausgenutzt werden könne. Unter anderem wurde die Frage gestellt, ob Europa sich selbstbewusster gegenüber Peking verhalten solle oder ob in Europa ein mangelndes Verständnis hinsichtlich Chinas vorherrsche.

Martin Wagener zog in seinem Schlusswort das Fazit, dass die Trierer China-Gespräche 2009 verdeutlicht hätten, dass Peking zwar zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen habe, der Aufstieg in nächster Zeit jedoch weiter weitgehend ungebrems voranschreiten dürfte. Die Vorträge hätten aus unterschiedlichen Perspektiven gezeigt, dass monokausale Erklärungen des chinesischen Aufstiegs in die Irre führten. Nur ein multiperspektivischer Blick ermögliche dem Betrachter, jene Kräfte besser zu verstehen, die das Reich der Mitte bewegen.

Lydia Knoche



Prof. Dr. Hanns W. Maull hält eine politische Einflussnahme auf China weder für möglich noch für wünschenswert.



Wie bewerten die USA den Aufstieg Chinas? Diesen Aspekt erläuterte Prof. Dr. Martin Wagener.